

KGW's Rundschreiben

Deutschland in Europa und der Welt

In der italienischen Presse sind wir Deutsche (weil wir noch nicht den Corona-Bonds und damit einer Vergemeinschaftung der **EU**-Schulden zustimmten) mit Hasskampagnen überzogen worden; man las u.a. die Formulierung „Hitlers Enkel“. Als Deutsche sollten wir uns in erster Linie als Europäer sehen, aber nicht als EU. Zu unterschiedlich sind die Länder Europas in Sprache, Sitten und Denkrichtung. Die Neue Züricher Zeitung schrieb: Der hässliche Deutsche trägt keinen Stahlhelm mehr – er belehrt die Welt moralisch. So wie sich die EU heute darstellt, haben sich die Gründungsväter (01.11.1993) ein gemeinsames Europa nicht vorgestellt. 27 Staaten, ca. 500 Mio. Bürger (Zählung 2010) finanzieren mit Hauptsitz Brüssel 705 Abgeordnete der Mitgliedsstaaten (vor dem Brexit 751). Der aktuelle Haushalt läuft am 31.12. dieses Jahres aus, aber bisherige Versuche sind fehlgeschlagen, den Haushalt 2021-2027 gemeinsam abzusegnen. Man hat die Zielsetzung, Menschen in Not zu helfen. Die Politik unserer Kanzlerin Merkel, Menschen unkontrolliert nach Deutschland zu lassen, war sicher ein Riesenfehler. Die Aussage „Wir schaffen das“ ist von ihr erklärungsbedürftig. AM's spätere Aufforderung, alle Flüchtlinge gleichmäßig innerhalb der EU zu verteilen, ist nicht nur den Briten mächtig gegen den Strich gegangen. Die Flüchtlingspolitik der EU kann man allerdings auch nur als Bankrotterklärung der Gemeinschaft ansehen. Auch wenn man den Euro gemeinsam hat, zeigt sich bei den Steuern keine Solidarität. Länder mit geringerer Steuerlast als Deutschland nehmen jährlich aus Brüssel Geld deutscher Steuerzahler an. Warum bekommt China (2018 ca. 630 Mio. €) Entwicklungshilfe von der EU? Bei Steuer- und Sozialpolitik herrscht in der EU das Einstimmigkeitsprinzip, was die Gemeinschaft massiv lähmt. Sonst müsste ein lauter Chor gegen Apple, Facebook u.a.m. stimmen, die sich mit Rechenricks in Irland niedergelassen haben und dadurch immens an Steuern sparen. Jetzt ist auch jedem klar, warum bei Bestellungen an Amazon die Rechnungen aus Luxemburg kommen. Alles, um Steuern zu sparen! Kleine Läden in den einzelnen Ländern haben das Nachsehen. In der Zeit als Premier- und Finanzminister von Luxemburg (vor 2013) war Jean-Claude Juncker kein Freund der Steuervermeidung. Im Zusammenhang mit JCJ gibt es (böse) Stimmen, welche die Grundfarbe (blau) der Europaflagge mit dem häufigen Zustand des soeben abgedankten Präsidenten in Verbindung bringen. Das Martin Schulz (SPD) ihm häufig zugestimmt hat, kann man als Vergangenheit sehen. Der Finanzminister Pierre Moscovici hat eine Reihe von Ländern auf die schwarze Liste der Steueroasen gesetzt, es fehlen allerdings Luxemburg, die Niederlande, Malta und auch Deutschland, weil die Einstimmigkeit fehlte. Ohnehin gilt Brüssel als Abstellgleis für abgehalfterte Politiker (z.B. Edmund Stoiber, Katarina Barley, Günther Oettinger u.a.m.). Letzterer versucht soeben, noch ein „Pöstchen“ bei Victor Orban in Ungarn zu ergattern. 2019 hat man mit viel Steuergeld für die wichtige Europawahl geworben. Im Vorfeld bzw. auf dem Wahlzettel wurde Ursula von der Leyen nicht genannt. Offensichtlich haben die Staatschefs ihre Abgeordneten als „Abstimmkasper“ eingesetzt (gegen den Willen der Bürger). Ein Wort noch zu (It. LobbyControl) den ca. 25.000 Lobbyisten in Brüssel. Bei einem guten Draht zu einem EU-Kommissar kann das lukrativ sein. Deutschland ist im EU-Parlament unterrepräsentiert. Noch schlimmer bei der EZB, wo es auch (wie Griechenland, Malta, Italien) nur eine Stimme hat, aber mit über 25% haftet. Einen Willen zur Integration in der EU, um sein Schicksal mit den anderen Ländern zu verknüpfen, gibt es weder von Italien, Polen oder Ungarn. Bei dem fragilen Fundament, und die derzeitige Situation zeigt die „Leichtbauweise“ des EU-Hauses, könnte es leicht weggeblasen werden.

Corona ist am Shutdown (Betriebsstilllegung) von jedem zweiten deutschen Mittelstandsunternehmen schuld. Natürlich stellt es auch gesunde Unternehmen vor ernsthafte Herausforderungen. Die bisher gezahlten staatlichen Beihilfen decken den Finanzbedarf nicht. Staaten mobilisieren grenzüberschreitend Billionen-Programme. Hier fällt uns der ewig alte Kölner Karnevalschlager ein: „Wer soll das bezahlen, wer hat so viel Geld ...“. Im März wurde das Blatt mit dem Regelwerk der EU bzgl. Staatsdefizite (3% des BIP (Bruttoinlandsprodukt)) bzw. Gesamtverschuldung (60% des BIP) Makulatur. Wenn ein Land wie Italien vor der Corona-Krise 60% Staatsschulden und heute 170% (und mehr) hat, ist es illusorisch, diese Zahlen herunterzuschrauben bzw. je wieder auszugleichen. Im Ruhrgebiet sagt man: Einem nackten Bergmann kann man nicht in die Tasche fassen. Die finanzstarken EU-Länder sollten schon heute in ihren Haushaltsplänen Aufwendungen für schwache Länder berücksichtigen. Ginge es nach diesen „Känguru-Staaten“ (große Sprünge mit leeren Beutel), läge schon heute ein Blankoscheck für sie von den reichen Nordstaaten auf dem Tisch.

Die Corona-Krise hat die Notenbanken zum Kauf von Anleihen und anderen Papieren gezwungen. Dadurch wurden die Bilanzen aufgeblasen (EZB um das Siebenfache). Da die Regierungen bis zu 100% das Ausfallrisiko übernehmen, erweitern die Banken ihre Kreditvergabe. Das beschleunigt die Umdrehungen der Schuldenspirale. Neben den nationalen Regierungen trägt die EU mit einem Kurzarbeitergeld bis 100 Mrd. € dazu bei, den Schuldenberg zu vergrößern. Da sie sich selbst nicht verschulden darf, müssen die Mitgliedsländer die Anleihen garantieren. Angedacht ist ein Gesamtvolumen von 1.500 Mrd. €. Nach dem Gesetz der Marktwirtschaft wird die Schuldenpolitik Unternehmen, Banken und Staaten nicht retten. Der schwedische Professor Johan Giesecke, der auch die WHO in Corona-Fragen berät, kritisierte soeben die deutsche Corona-Strategie und warnt: „Deutschland zerstört gerade seine Wirtschaft“. In den nächsten Jahren wird (wenn überhaupt) die Wirtschaft nur schwach wachsen. Logisch ist als nächster Schritt die Inflation. Wenn sie anzieht, bedeutet das schleichende Entwertung der Staatsschulden. Die Notenbanken werden wahrscheinlich die billige Geldflut, die auf eine schrumpfende Gütermenge (durch die Corona-Krise) trifft, nicht bremsen und dadurch zum Anstieg der Inflation beitragen. Wie so etwas abläuft, macht Japan seit Jahren vor. Die finanzschwachen Südländer hängen am „Tropf“ der EZB und sind ohne Billiggeld und Niedrigzinsen nicht überlebensfähig. Da sie ihre Schulden wohl kaum zurückbezahlen können, ist es nur eine Frage der Zeit, wann die Schulden entsprechende Länder zur Insolvenz zwingen.

In der Presse, in den Medien dominiert „Corona“. Man muss sich fragen, ob das Virus im Mittelpunkt steht oder die Wirtschaft. Ohne Zweifel ist Vorsicht angesagt und man sollte sich optimal schützen. Wenn bei einer „normalen Grippewelle“ (wie 2017/18) über 25.000 Menschen sterben, hat das die Wirtschaft nicht blockiert. Nach Ausbruch der Krise starben bis heute in Deutschland lt. Robert Koch-Institut ca. 8.250 Personen (wir sind der Ansicht, dass viele Tote, obwohl deren Todesursache primär überhaupt nichts dem Virus zu tun hat, bei den Corona-Toten mitgezählt werden). Über 85% waren über 75 Jahre alt und hatten Vorerkrankungen; ca. 3% waren Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren. Das Grippe-Virus Corona versetzt uns Deutsche z.Zt. in eine gewisse Hysterie. Es scheint, dass sich die Angst vor der Epidemie schneller verbreitet hat als der Erreger selbst. Kaum jemand denkt daran, dass in Jahren ein viel gefährlicheres Virus auftauchen könnte. Prof. Klaus Püschel und Prof. Michael Schulte-Markwort (beide Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf) weisen darauf hin, dass wir mit diesem Erreger (im Augenblick) pragmatisch umgehen müssen.

Beide Professoren untersuchten Corona-Todesopfer und kamen zu dem Ergebnis, dass bei den Toten schwere Vorerkrankungen vorlagen und die Patienten ohnehin in einem Jahr hätten sterben müssen. Niemand regt sich über die jährliche Zahl der Verkehrstoten auf. Ebenfalls nicht über die weltweit mehr als 1,4 Mio. Menschen, die 2016 an Tuberkulose starben. Es gab in der Vergangenheit Pandemien und es wird sie künftig auch geben! Im ersten Weltkrieg 1914/18 kamen rund 17 Mio. Menschen um. Die Spanische Grippe (oder Influenza – der Auslöser wurde erst 1933 von 3 Forschern in London entdeckt) raffte ab 1918 mindestens 50 Mio. (man spricht sogar bis 100 Mio.) Menschen dahin. Damals hatten wir andere Lebensbedingungen als heute und deshalb wird es solche Pandemien nicht mehr geben. In Jahren könnten unsere Kinder bei einer erneuten Pandemie darüber sprechen, dass 2019 der Mitarbeiterstab des Wirtschaftsministers Masken für nutzlos hielt und diese vernichten ließ. Ranghohe Politiker ordern in diesem Jahr für die einzelnen Bundesländer eine Unmenge an Masken, weil man seine eigenen Landes-Verordnungen durchsetzen will. Stolz ist man dann noch, dass man die selbst am jeweiligen Flughafen in Empfang nimmt. Warum keine generellen Vorschriften für Deutschland? Was uns das Virus kosten wird, kann heute noch niemand sagen. Die Frage muss erlaubt sein, in welcher Relation die ökonomischen Kosten des Shutdowns zum gesundheitlichen Nutzen stehen.

Im Augenblick fordern alle möglichen Interessenten national Hilfen vom monetären Notarzt – dem Staat. Deutschland wird in der EU international von anderen Ländern auch gefordert. Föderaler Wirrwarr begünstigt Unternehmen, Lockdown-Hardliner (vorübergehend freigestellte Arbeitnehmer) sowie kriminelle Elemente. Allen sollte klar sein, dass die Rechnung später präsentiert wird. Deshalb wird der Staat in Kürze seine sozialistische Pflügetätigkeit einstellen müssen, will er nicht selbst auf dem Sterbebett liegen. Todesursache: Corona!

Die Welt rutscht in eine **Rezession**¹ (lt. IWF) von ca. 3%, die mit der großen Depression von 1929 vergleichbar ist. Für Deutschland ist der Einbruch von 6-7% (im Vergleich zum Vorjahr) der größte seit Gründung der Bundesrepublik 1949. Obwohl es 2021 wieder aufwärtsgehen soll, kann man die Verluste von diesem Jahr nicht komplett auffangen. Man befürchtet eine große Pleitewelle und ca. 3 Mio. Arbeitslose. Die Regierung rechnet mit einem Steuerminus von rd. 82 Mrd. € und will neue Schulden von über 350 Mrd. € machen. Besonders wird es die exportorientierten Unternehmen treffen (Richtung USA und Europa). Ein Hoffnungsschimmer: Handelspartner China! In der Unsicherheitsphase ziehen Unternehmen ihr Geld aus Schwellenländern ab. Deren lokale Währungen stürzen ab oder sie landen in einer Schuldenkrise. Es sei denn, reiche Länder und Finanzinstitutionen bieten Umschuldung und Schuldenerlasse an.

Die Unternehmer Patrick Adenauer (geschäftsführender Gesellschafter bei Bauwens), Jürgen Heraeus (Aufsichtsratsvorsitzender der Heraeus Group) und Heinrich Weiss (Vorsitzender des Gesellschafterausschusses der SMS Group) reichten 2015 Klage ein, weil ihrer Ansicht nach die Geldpolitik der **EZB** nichts mit deren Mandat zu tun hat und wettbewerbsverzerrend wirkt. Vor ca. 2 Jahren hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) das Handeln der EZB als rechtmäßig befunden. Anfang dieses Monats (kurz vor seiner Pensionierung) haute der Verfassungsgerichtspräsident Andreas Voßkuhle in 100 DIN-A4-Seiten richtig auf die Pauke, indem er der EZB vorhielt, dass der Ankauf von Staatsanleihen (die Bundesbank ist im Auftrag der EZB größter Käufer von deutschen Bundesanleihen) zu wenig begründet wurde. 3 Monate gibt man der EZB, sich zu rechtfertigen und

¹ Die Rezession ist eine Wirtschaftskrise, d.h. in zwei aufeinanderfolgenden Quartalen sinkt das Bruttonationalprodukt. Sinkt es noch länger, spricht man von einer Depression.

nachzubessern, was allerdings ein leichtes sein sollte. Spontan äußerte sich Ursula von der Leyen: EU-Recht hat Vorrang vor Landesrecht, was sie zwischenzeitlich allerdings relativierte. Ohnehin erhielt sie von Friedrich Merz sofort kontra, der das Urteil der Karlsruher Richter verteidigte. Auch nach dem Karlsruher Urteil kauft die EZB (künftig mit besserer Begründung) und die nationalen Notenbanken im Euro-System weiterhin Anleihen der Euro-Länder. Der politische Lärm wird wohl auf einen Dialog hinauslaufen, der so gewertet wird, dass das Urteil des BVerfG nur die Deutsche Bundesbank bindet. Der Dumme ist erneut der Sparer, der keine Zinsen bekommt, während die Immobilienblase (aufgrund der zinslosen Geldschwemme) immer größer wird.

Die Edelstahl- und Rohstoffmärkte

Ohne Zweifel haben Produktionseinschränkungen sowie Werksstilllegungen Auswirkung auf die Rohstoffsituation. Nicht verständlich ist, warum sich **Nickel** so stabil am Markt behauptet, wie es in der nachstehenden Statistik zu sehen ist. In diesem Jahr rechnet man mit einem Überschuss am Nickel-Markt von über 150.000 Tonnen. Der kann natürlich relativiert werden, wenn die Nachfrage nach rost- und säurebeständigen Stählen kräftig zunimmt. Das muss man abwarten. Der **Molybdän**-Preis sollte in nächster Zeit gleich bleiben (vielleicht sinken), aber nicht steigen. Unsere Ankündigung ist wahr geworden und der Preis für **Chrom** wurde für das 2. Quartal angehoben.

Die Versorgung von Rohstoffen für Edelstähle ist sichergestellt, sodass in nächster Zeit keine Beschaffungspässe entstehen. Ob das so bleibt, kann nicht vorhergesagt werden, denn Corona wird in den nächsten Wochen und Monaten sicherlich die Märkte bestimmen.

Währungen und Nickelpreise im Vergleich

Datum	Devisenkurs € / US-\$	Kassapreis Nickel (LME)	3 Monats-Preis Nickel (LME)	Nickel-Bestand LME to	dt. Kassapreis Nickel €/100 kg
03.01.2017	1,0416	10.205	10.270	372.066	982
02.01.2018	1,2005	12.690	12.730	366.612	1.052
02.01.2019	1,1448	10.440	10.530	206.400	915
02.01.2020	1,1213	14.075	14.165	153.318	1.258
03.02.2020	1,1093	12.750	12.850	196.854	1.152
02.03.2020	1,1026	12.440	12.510	235.368	1.119
01.04.2020	1,0992	11.220	11.288	228.768	1.026
01.05.2020	1,1094	11.853	11.916	230.712	1.080
22.05.2020	1,0901	12.124	12.199	233.850	1.112

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2019		2019		2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	12/19	557	01/19	664	569	576	562	557	594	609	>					
4301	02/19	1.228	11/19	1.730	1.437	1.448	1.369	1.296	1.278	1.363	v					
4404	02/19	1.903	10/19	2.594	2.095	2.112	2.074	1.935	1.852	1.969	v					
4509	12/19	688	01/19	797	700	706	695	690	725	739	v					
4521	12/19	983	05/19	1.221	1.004	1.014	1.058	1.015	1.008	1.031	v					
4539	02/19	3.358	10/19	4.827	3.806	3.836	3.763	3.478	3.272	3.503	v					
4571	02/19	1.925	10/19	2.635	2.125	2.143	2.102	1.961	1.876	1.996	v					

Legierungszuschläge Präzisionsband

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2019		2019		2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	11/19	668	01/19	797	683	690	674	669	713	730	>					
4301	02/19	1.474	11/19	2.075	1.724	1.737	1.642	1.555	1.534	1.635	v					
4310	02/19	1.390	11/19	1.917	1.607	1.619	1.534	1.456	1.442	1.534	v					
4404	02/19	2.283	10/19	3.113	2.514	2.536	2.488	2.323	2.222	2.363	v					

Edelstahlschrott

W-Nr.	Tiefste		Höchste		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2019		2019		2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	10/19	290	04/19	355	290	290	280	290	290							
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	01/19	940	08/19	1.110	950	990	850	880	940							
Cr-Ni-Mo- Stähle (V4A*) z.B.4404/4571	01/19	1.420	08/19	1.610	1.460	1.470	1.330	1.300	1.350							

*) Markennamen ThyssenKrupp Nirosta / Outokumpu Nirosta

Das KGW-Team